

## Bericht über die Tagung „Protestantismus und soziale Bewegungen in den 1960er und 70er Jahren“<sup>1</sup>

*Nora Andrea Schulze*

Vom 24. bis 26. Oktober 2005 feierte die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte ihr 50jähriges Jubiläum. Bei einem festlichen Empfang in der Münchener Ludwig-Maximilians-Universität konnte sie u. a. den Ratsvorsitzenden der EKD Wolfgang Huber, den bayerischen Landesbischof Johannes Friedrich, Frau Hildegard Hamm-Brücher und Hans-Jochen Vogel begrüßen. In seinem Festvortrag „Demokratie wagen – Der Protestantismus im politischen Wandel 1965–1985“ hob Bischof Huber die Bedeutung einer fundierten Kenntnis der Kirchlichen Zeitgeschichte hervor. Er erinnerte insbesondere an die Ostdenkschrift der EKD von 1965, die ein vehementes öffentliches Echo erfahren und zu den Voraussetzungen der Entspannungspolitik beigetragen habe, sowie an die Demokratiedenkschrift von 1985, die als wichtiger Baustein einer evangelischen Soziallehre und als Ausdruck der Bejahung der Demokratie durch die evangelische Kirche zu betrachten sei.

In seiner Einführung zur anschließenden Fachtagung am 25./26. Oktober in der Evangelischen Akademie in Tutzing blickte der Vorsitzende der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte, Prof. Dr. Harry Oelke (München), zunächst auf den Gang der von der Arbeitsgemeinschaft verantworteten Forschung zurück. Im Zentrum der Forschungsarbeit der „Kommission

---

<sup>1</sup> Geringfügig veränderter Wiederabdruck des Tagungsberichtes in epd-Dok 50/2005, S. 7–12.

für die Geschichte des Kirchenkampfes“ hätten zunächst die Jahre von 1933 bis 1945 gestanden. Mit der 1971 erfolgten Umbenennung in „Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte“ sei der Forschungszeitraum nach vorne auf die unmittelbare Nachkriegszeit und nach hinten auf die Zeit vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zum Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft erweitert worden. Die deutsche Wiedervereinigung habe dann zu einer weiteren Öffnung der Perspektive geführt und als Impuls zur Erforschung der Nachkriegsgeschichte gewirkt. Nachdem nunmehr eine Reihe komparatistischer Studien zur Geschichte der evangelischen Kirche in der DDR und der Bundesrepublik erschienen sei, werde künftig die Erforschung der Wechselwirkungen zwischen dem Protestantismus und den sozialen Bewegungen in den 1960er und 70er Jahren im Mittelpunkt stehen. Diesem Thema sei auch die Tagung gewidmet, die dazu dienen solle, den künftigen Rahmen der Forschungsarbeit der Arbeitsgemeinschaft zu skizzieren und Impulse für die weitere Forschung zu geben.

Die Tagung gliederte sich in vier Sektionen. Die erste Sektion befasste sich mit dem historischen Rahmen und den methodischen Grundlagen.

In seinem Vortrag „Religion‘ im Europa der 1960er Jahre“ forderte Prof. Dr. Hugh Mc Leod (Birmingham) für die Erforschung der 1960er Jahre die Verbindung narrativer, kultureller und sozialer Forschungsansätze und bestritt die These, dass sich dieser Zeitraum ausschließlich als Phase der Säkularisierung verstehen lasse. So sei die Mehrheit der Bevölkerung in Westeuropa noch christlich sozialisiert gewesen und die Kirchen hätten eine hohe soziale Bedeutung und eine gewichtige politische Stimme besessen. Allerdings habe die soziale Wandlung in vielen gesellschaftlichen Bereichen zum „Abschied vom Milieu“ geführt, von dem auch die Kirchen betroffen gewesen seien. Die frühen 60er Jahre, in denen ein großes, aber kritisches Interesse an religiösen Fragen bestanden habe, seien durch zunehmenden religiösen und politischen Individualismus gekennzeichnet gewesen. In den mittleren 60er Jahren hätten Optimismus und Reformismus dominiert. Die späten 60er Jahre, die durch Radikalisierung und Polarisierung gekennzeichnet gewesen seien, bezeichnete Mc Leod als eine Krisenzeit für die Kirchen,

in der es u. a. zum raschen Niedergang des Gottesdienstbesuchs und zu einer deutlichen Abnahme der religiösen Sozialisation gekommen sei. Im Blick auf Osteuropa vertrat McLeod die These, dass die religiöse Lage in kommunistisch geführten Ländern nicht nur von der aktuellen Politik, sondern auch von der jeweiligen Vorgeschichte abhängig gewesen sei.

Prof. Dr. Wolf-Dieter Hauschild (Münster) referierte über „Evangelische Kirche und Theologie in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1961 und 1979“ und stellte gleich zu Beginn fest, dass sich zur Zeit noch kein gültiges Gesamtbild der 1960er und 70er Jahre entwerfen lasse. Der Zeitraum vom Mauerbau bis zum Nato-Doppelbeschluss, in dem sich der Einfluss der sog. neuen sozialen Bewegungen noch auf Randgruppen und Teilbereiche beschränkt habe, sei als „Inkubationszeit“ einer langfristigen Veränderung der Kirche zu betrachten, die sich erst später voll ausgewirkt habe. So sei in der Kirche zunächst noch eine Mentalität der Zufriedenheit, die auf einem breiten Konsens der volksgemeinschaftlich-theologischen Mitte basierte, dominant geblieben. Wichtigstes Element des kirchlichen Lebens in der Bundesrepublik sei die Verbindung mit der Kirche in der DDR gewesen. Aus der Vielzahl historischer Teilentwicklungen griff Hauschild u. a. die Diskussion um die Kirchenreform, die „Politisierung“ von Kirche und Pfarrern, das Zeitalter der Denkschriften, die Erosion der Volkskirche, die Auseinandersetzungen zwischen Gemeindefrömmigkeit und sog. moderner Theologie, die Besinnung der Theologie auf ihre Wissenschaftlichkeit und die Entstehung der Bekenntnisbewegung als Ausdruck des nicht bewältigten Pluralisierungsproblems heraus. Dabei hob er besonders die Bedeutung des ökonomischen Faktors für den kirchlichen Strukturwandel hervor, vor allem aber die Einführung der Frauenordination, die er als eine der markantesten Zäsuren der gesamten Kirchengeschichte bezeichnete. Hauschild resümierte, die unübersichtliche Vielfalt der Themen entspreche dem Erscheinungsbild der Kirche, für die – ebenso wie für die Theologie – die Fraktionierung zum typischen Merkmal geworden sei.

Prof. Dr. Dieter Rucht (Berlin) stellte in seinem Vortrag „Soziale Bewegungen in den 1960er und 70er Jahren in der Bundesrepublik“ die Methode und die Ergebnisse der Protestereignis-Analyse vor.

Danach habe die Zahl der Proteste in der Hochphase der APO 1968/69 zwar signifikant zugenommen, die Teilnehmerzahlen seien jedoch im Vergleich zu den Massenprotesten z. B. zur Vertriebenenfrage und zur Wiedervereinigung deutlich gesunken. Auch lasse sich keine Zunahme von Gewalt feststellen. Markant habe der Anteil der Studenten, der religiösen Gruppen sowie diverser Initiativen und Netzwerke zugenommen. Insgesamt lasse sich die Vielzahl der Teilentwicklungen in den 1960er Jahren nicht auf einen Nenner bringen. Es könne jedoch festgestellt werden, dass die tiefe Zäsur der APO keine institutionellen Auswirkungen gehabt habe. Allerdings habe sie bis ins bürgerliche Lager und in die späteren Friedens-, „Dritte Welt“- , Frauen- und Anti-Atomkraft-Bewegungen hineingewirkt. Diese neuen sozialen Bewegungen, in die auch kirchliche Gruppen eingeschlossen gewesen seien, hätten dann auch institutionelle Folgen gehabt und tiefgreifende Strukturveränderungen bewirkt.

Die zweite Sektion über „Beziehungsfelder“ von Protestantismus und sozialen Bewegungen eröffnete Angela Hager (Erlangen) mit ihrem Vortrag „Westdeutscher Protestantismus und Studentenbewegung“. Sie wies darauf hin, dass es sich bei Studentenbewegung und westdeutschem Protestantismus um vielschichtige, komplexe Größen handle, was auch für ihr Verhältnis zueinander gelte. Die Studentenbewegung sei in gesamtgesellschaftliche Aktionsgemeinschaften eingebettet gewesen, die z. T. bis in die 1950er Jahre zurückgereicht hätten und partiell von westdeutschen Protestanten getragen worden seien. Ebenso wie der Kern der Studentenbewegung Antipathien gegen Christentum, Theologie und Volkskirche gehegt habe, sei die Studentenbewegung von Teilen des westdeutschen Protestantismus abgelehnt worden. Befreiungstheologisch beeinflusste Protestanten in der Studentenbewegung hätten jedoch nach Verbindungen zwischen Sozialismus und Christentum, Kritischer Theorie und Theologie gesucht und massive Kritik an der bestehenden Kirche geäußert. Als Beispiel für den Einfluss der Studentenbewegung auf die Kirche nannte Hager kritische Reformgruppen und strukturelle Veränderungen in der bayerischen Landeskirche, die ohne APO und Studentenbewegung nicht denkbar seien.

Dr. Marc-Dietrich Ohse (Hannover) hielt in seinem Vortrag

„Ostdeutscher Protestantismus und ‚Prager Frühling‘“ zunächst die Rahmenbedingungen fest, unter denen das tschechoslowakische Reformprogramm eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ im Protestantismus der DDR rezipiert worden sei. So habe der Mauerbau den Sozialismus im Bewusstsein der Bevölkerung „veralltäglicht“ und eine neue organisatorische und inhaltliche Standortbestimmung der Kirchen provoziert. Dies zumal sich unter Kirchenleitungen und Theologen ein Generationswechsel vollzogen habe und nach theologischen Entwürfen gesucht worden sei, die der kirchlichen Minderheitssituation angemessen zu sein schienen. Während die westlichen neuen sozialen Bewegungen in der DDR – einschließlich des Protestantismus – kaum Akzeptanz gefunden hätten, weil deren Marxismus-Rezeption die Realität der DDR-Gesellschaft ignorierte, habe der „Prager Frühling“ Hoffnungen auf eine Reformfähigkeit des Sozialismus geweckt, die mit der Intervention vom 21. August 1968 radikal enttäuscht worden seien. Dennoch sei die Diskussion über Grundlagen und Perspektiven sozialistischer Gesellschaftsentwürfe in den ostdeutschen Kirchen – vor allem in Studentengemeinden – weitergeführt worden, ohne dass es dabei jedoch zu einer öffentlichen Stellungnahme der Kirchen gegen die Intervention gekommen wäre. Insgesamt hätten diese Entwicklungen die Auseinandersetzung um die Selbstverortung der ostdeutschen Kirchen in erheblichem Maße beeinflusst. Die in der Frage nach dem gesellschaftlichen Auftrag von Christen und Kirchen in der DDR aufgekommenen Formeln wie „Mitwirkung an einem verbesserlichen Sozialismus“ und „Kirche im Sozialismus“ hätten zwar als Koexistenz- und Konfliktformeln getaucht, nicht jedoch als Distanzformeln.

Prof. Dr. Helga Kuhlmann (Paderborn) rekapitulierte in ihrem Referat über „Protestantismus, Frauenbewegung und Frauenordination“ die Entwicklung des Pfarramtes für die Frau seit den 1920er Jahren. Erst ab 1958 sei – auf Grund eines Wechsels in der theologischen Anthropologie – ein Prozess in Gang gekommen, der zur Ordination der Frau und damit zur vollen Gleichstellung der Theologin geführt habe. Bis 1978 hätten dann alle Gliedkirchen der EKD außer Schaumburg-Lippe diesen Prozess vollzogen. Dieser emanzipatorische Akt sei von der allgemeinen Frauenbewegung allerdings

nicht wahrgenommen worden. Die kirchliche Frauenbewegung habe erst Ende der 1970er Jahre an Bedeutung gewonnen, wodurch auch eine stärkere Institutionalisierung ihrer Anliegen – z. B. mit der Frauenwerkstatt Nordelbien 1982 und dem Netzwerk feministischer Theologie 1985 – ermöglicht worden sei. Die Propagierung einer feministischen Theologie habe zu Kontroversen mit evangelikalen Gruppen geführt. In diesen Gruppen sei auch über Frauenordination debattiert worden, letztlich hätten die pietistischen Kreise das Pfarramt der Frau aber akzeptiert.

Dr. Simone Mantei (Wiesbaden) untersuchte die Bedeutung der „sexuellen Revolution“ im kirchlichen und gesellschaftlichen Kontext. Dabei betonte sie, dass ihr Thema nicht isoliert als Frauenfrage, sondern als gesamtgesellschaftliche Streitfrage verstanden werden müsse. In den 1960er Jahren seien bislang geltende Normen zunehmend in Frage gestellt worden. Neben radikalen Forderungen nach freier Liebe und Abschaffung von Ehe und Kleinfamilie sei es Mitte der 60er Jahre auch zu einer bürgerlichen Sex-Revolution mit der Forderung nach angemessener sexueller Aufklärung gekommen. Die Sexwelle habe schließlich zu deren Kommerzialisierung geführt. Mit der Reform des Sexualstrafrechts von 1969 seien bislang kriminalisierte Delikte wie Unzucht zwischen Männern oder Kuppelei nicht mehr länger juristisch verfolgt worden. Auf Grund unterschiedlicher Einstellungen zur Sexualmoral, bei der sich die evangelische Kirche gesellschaftlichen Entwicklungen gegenüber weniger verschlossen gezeigt habe, sei ein tiefer Graben zwischen katholischer und evangelischer Kirche entstanden. Als Fazit formulierte Mantei, dass die Zeit zwischen 1965 und 1975 von der Spannung zwischen institutionsgebundener Normenstruktur einerseits und individueller Selbstbestimmung andererseits geprägt gewesen sei.

In seinem Referat über „Die Aufbrüche von Uppsala 1968“ betonte Prof. Dr. Reinhard Frieling (Marburg), dass von dieser 4. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen das Signal zu einer Theologie der Erneuerung der Welt ausgegangen sei. Folge sei die Interdependenz zwischen theologischem Denken und gesellschaftlicher Analyse gewesen. In der Betrachtung der Ungerechtigkeit der Welt vom Standpunkt der Unterprivilegierten aus habe sich eine perspektivische Umorientierung angebahnt. Beispielhaft dafür

stünden das Antirassismusprogramm, die Befreiungstheologie, der Kirchliche Entwicklungsdienst, die Friedensethik oder die Frauenfrage. Diese Themen seien weitaus mehr in Akademien und Gemeinden diskutiert worden als in der akademischen Theologie.

PD Dr. Roland Spliesgart (München) erläuterte in seinem Beitrag „Theologie und ‚Dritte Welt‘“, dass der Begriff „Dritte Welt“ erstmals 1961 in der Dritten Welt selbst formuliert worden sei, und zwar programmatisch im Hinblick auf die Abhängigkeit von der Ersten Welt. Diese Dependenz-Theorie sei zur Basis aller Emanzipationsbestrebungen geworden. Dritte Welt-Theologen, vor allem katholische Bischöfe aus Lateinamerika, hätten zum Befreiungskampf aufgerufen und dabei marxistisches Vokabular benutzt. Die Dritte Welt sei zu einem vorrangigen Paradigma der akademischen Befreiungsbewegung avanciert. In den 70er Jahren sei diese Theologie in den Gemeinden Europas breit rezipiert worden, bei der Mehrheit der Theologen habe jedoch die Kritik an der Befreiungstheologie überwogen. Lateinamerikanische Theologen hingegen hätten die westliche Theologie als kapitalistisch und zu theoretisch kritisiert. Spliesgart plädierte für eine kritische Aufarbeitung der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, die konzeptuelle Weiterentwicklung der anstehenden Fragen auf internationaler Ebene und eine vermehrte Durchführung von Lokalstudien. Dabei betonte er die grundsätzliche Notwendigkeit, den begonnenen Dialog weiterzuführen.

In der dritten Sektion „Institutionen und Personen“ ging Prof. Dr. Harald Schroeter-Wittke (Paderborn) der Frage nach, ob es sich beim Deutschen Evangelischen Kirchentag in den 1960er und 70er Jahren um eine soziale Bewegung gehandelt habe. Nach dem durch den Mauerbau bedingten Verlust seiner gesamtdeutschen Klammerfunktion habe sich der Kirchentag in den 1960er Jahren zunehmend der pluraler werdenden Gesellschaft ausgesetzt und neuer Veranstaltungsformate wie der Podiumsdiskussion bedient. Während den reformorientierten Kräften die Demokratisierung und die politische Positionierung von Kirche und Kirchentag nicht weit genug gegangen sei, habe sich im Streit um Kirchenreform, Bibel und Laientheologie die Gegenründung des „Gemeindetags unter dem Wort“ vollzogen. Der Kirchentag könne für die 1960er Jahre zwar

nicht als soziale Bewegung aufgefasst werden, seit 1973 habe sich mit dem von der Befreiungstheologie beeinflussten Format der „Liturgischen Nacht“ und dem Kommunikations- und Informationszentrum – ab 1975 „Markt der Möglichkeiten“ – aber dauerhaft eine soziale Bewegung verankern können. Seither sei die Zusammengehörigkeit von Politik und Frömmigkeit eine stabile Erwartung der Kirchentagsteilnehmer. Schroeter-Wittke vertrat die These, dass der Kirchentag sich zu einer sozialen Bewegung entwickelt habe, „weil und insofern er durch seine partizipatorischen Formate eine popkulturelle Erscheinung“ geworden sei.

In ihrem Vortrag „Helmut Gollwitzer als Dialogpartner der sozialen Bewegungen“ stellte die Leiterin der Forschungsstelle der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft, PD Dr. Claudia Lepp (München), Gollwitzer als dialogisch Denkenden und Lehrenden dar und arbeitete an vier Themenfeldern die Konsens- und Konfliktpunkte zwischen ihm und den sozialen Bewegungen heraus. So habe Gollwitzer zwar die These vertreten, dass ein Christ Sozialist sein müsse, er selbst sei jedoch zugleich ein radikaler Demokrat gewesen, der Demokratie und Sozialismus in der neuen Linken für nicht ausreichend vermittelt hielt. 1968 habe Gollwitzer die Beteiligung an einer Revolution unter Anlegung enger Kriterien theologisch freigegeben, eine legitime Anwendung revolutionärer Gewalt in der Bundesrepublik jedoch abgelehnt. Im Gewaltdiskurs der Studentenbewegung votierte Gollwitzer aus moralischen und politisch-strategischen Gründen gegen einen Übergang von der Gewalt gegen Sachen zur Gewalt gegen Menschen. Den Terroristen, die er im Dialog vergeblich zu einer kritischen Selbstreflexion zu bewegen versuchte, habe er 1977 die „Genossenschaft“ aufgekündigt und vorgeworfen, die zweite deutsche Demokratie zu gefährden. Als Motor des christlich-jüdischen Dialogs und Verteidiger des Existenzrechts Israels, für das er aus theologischen, historisch-moralischen und politischen Motiven eintrat, habe sich Gollwitzer auch entschieden gegen den Antizionismus der radikalen Linken gestellt. Über die „sexuelle Revolution“ sei der Theologe zunächst entsetzt gewesen. Unter dem Einfluss der Frauenbewegung und des christlich-jüdischen Dialogs über das Hohelied der Liebe habe er jedoch 1977 eine Sexualethik entworfen, die eine christliche Orientierung für partnerschaftliche

Zweierbeziehungen in Zeiten des kulturellen Wandels geben sollte.

Dr. Norbert Friedrich (Düsseldorf) hob in seinem Referat „Helmut Thielicke als Antipode der sozialen Bewegungen“ die theologische Produktivität Thielickes, seinen Einfluss auf die Pfarrerschaft und seine öffentliche Breitenwirksamkeit hervor, die in einem auffallenden Gegensatz zur Rezeptionsgeschichte stünden. Als Ursache für dieses Auseinanderklaffen machte Friedrich Thielickes theologischen Ansatz und seine politische Positionierung innerhalb des westdeutschen Protestantismus aus. Thielickes Theologie sei in der lutherischen Rechtfertigungslehre, der Unterscheidung zweier Äonen und der Anwendung der Zwei-Reiche-Lehre gegründet, seine Ethik vom konservativen Geist der Nachkriegszeit geprägt gewesen. Thielicke habe sich zum demokratischen Rechtsstaat, zur sozialen Marktwirtschaft und einer aktiven Ordnungspolitik bekannt, zugleich aber gegen radikale Gewerkschaftsforderungen und einen ausufernden Sozialstaat gestellt. Als Verteidiger der Ordinarienuniversität habe er kaum Verständnis für die sozialen Bewegungen aufgebracht und die Studentenbewegung scharf kritisiert. Die „Studentenrevolte in Universität und Kirche“ habe er mit dem Nationalsozialismus verglichen und als „historische Zäsur“ betrachtet, „nach der es zum Niedergang der deutschen Universitäten kam“.

Die vierte Sektion befasste sich mit „Strukturen und Frömmigkeitsformen“. In seinem Vortrag „Dorothee Sölle, das ‚Politische Nachtgebet‘ und die Folgen“ hob Prof. Dr. Peter Cornehl (Hamburg) die Forschungsdefizite zum Politischen Nachtgebet hervor, das er als Beitrag der Kirche zur 68er-Bewegung bezeichnete. Das im Oktober 1968 in Köln entstandene Gebet habe zu einem spektakulären Konflikt mit den Kirchenleitungen geführt und weit über die Kirche hinaus in die Öffentlichkeit hineingewirkt, was sich der Verbindung zwischen kirchlicher Äußerung und Studentenbewegung verdanke. Besondere Brisanz habe es durch die Auswahl der Themen und die äußere Form der Gottesdienste gewonnen. In wenigen Jahren sei eine neue linke christliche Tradition jenseits der ESG entstanden. Obwohl nur Teil einer ökumenisch zusammengesetzten Gruppe, habe Dorothee Sölle dabei die zentrale Rolle eingenommen. Das Nachtgebet sei im Juli 1972 aus äußeren und inneren Gründen beendet worden, u. a. wegen der inneren Spannungen

zwischen einer reformerisch-gradualistischen Mehrheit und einer radikale Umwälzungen fordernden Minderheit sowie der intellektuell-ideologiekritischen Ausrichtung, bei der meditativ-spirituelle Elemente vernachlässigt worden seien. Das „liturgiegeschichtliche Programm der Politisierung der Gewissen“ sei 1973 durch die „Liturgische Nacht“ abgelöst worden, die den Gottesdienst als Fest und Feier wieder entdeckt habe. Überdauert worden sei das Nachtgebet vor allem vom Beitrag Sölles, die die christliche Gebetssprache erweitert habe, und der Anerkennung der politischen Dimension von Gottesdienst, Liturgie und Verkündigung.

Prof. Dr. Jan Hermelink (Göttingen) referierte über „Veränderungen in den Kirchen- und Gemeindestrukturen“ und stellte dabei die Differenz zwischen den Kirchenreformforderungen der 1960er Jahre und den seit den 1970er Jahren tatsächlich erfolgten Strukturveränderungen heraus. So sei es anstelle der Verwirklichung z. B. des Gruppenpfarramts und neuer Gemeindeformen zu einer ekklesiologischen Transformation nach dem Prinzip der strukturellen Addition gekommen, die sich in Form von Regionalisierung, Professionalisierung, Demokratisierung und Bürokratisierung vollzogen habe. Bei der Regionalisierung sei es – vor allem auf Kirchenkreisebene – zu einer Vermehrung überregionaler Stellen und Dienste gekommen. Die Professionalisierung habe zu einer Veränderung kirchlicher Berufsbilder und Ausbildungsgänge geführt. Als Beispiel für die Demokratisierung verwies Hermelink auf die Nordelbische Kirchenverfassung mit ihrer Neudefinition des Verhältnisses von Pfarramt und Mitarbeitern, der zeitlich begrenzten Besetzung leitender Ämter, dem neuen Synodalwahlrecht und der Ausweitung demokratischer Gremien. Die damit verbundene Bürokratisierung dürfe nicht nur negativ beurteilt werden, da sie die Integration der Pluralität und eine formale Gleichbehandlung gewährleiste. Die additiven Strukturveränderungen, die sich unbemerkt von der Öffentlichkeit sowohl in West- als auch in Ostdeutschland vollzogen hätten, seien auf Grund der aktuellen kirchlichen Finanzlage mittlerweile an ihr Ende gelangt.

Prof. Dr. Peter Bubmann (Erlangen) hob in seinen Ausführungen über „Wandlungen in der kirchlichen Musik“ hervor, diese hätten in den 1960er und 70er Jahren einen epochalen Bruch im

kirchenmusikalischen Verhalten, System und Repertoire dargestellt. Die Kritik an der Bewegung der „Kirchenmusikalischen Erneuerung“ (KE), die seit dem Ersten Weltkrieg dominiert habe, sei mit der Einführung des Evangelischen Kirchengesangbuchs ab 1950 gewachsen. Seit 1955 sei diese Absetzbewegung in drei Richtungen zerfallen, nämlich das Beharren auf Tradition, den Wunsch nach Avantgarde und den Sektor der Popularmusik. Mit ihrer kritischen Infragestellung und dem Überschreiten des Bestehenden sei die Wirkung der Avantgarde auf die kirchenmusikalische Praxis eher marginal geblieben. Dagegen habe die Popularmusik im Gottesdienst – versetzt mit Elementen aus Jazz, Schlager und Beat – ihren Weg in die deutsche Kirchenmusik gefunden. Bubmann resümierte, in den 1960er und 70er Jahren sei es zu einer Pluralisierung der musikalischen Frömmigkeit und der kirchenmusikalischen Szene gekommen, die sich bis heute intensiviere. Im Zuge dieser Entwicklung hätten die Wahrer der kirchenmusikalischen Tradition ihr Deutungsmonopol teilweise verloren.

Prof. Dr. Siegfried Hermle (Köln) untersuchte in seinem Vortrag die Frage, inwiefern es sich bei der evangelikalen Bewegung um eine Gegenbewegung gehandelt habe. Der Begriff „evangelikal“, der erstmals in den 1960er Jahren aufgetaucht sei, habe Identifikationsmöglichkeiten für Inhalte geboten, die aus dem Pietismus und der Erweckungsbewegung stammten. Einsetzend mit dem Einspruch Einzelner – vor allem gegen die Theologie Bultmanns –, sei ab 1960 dann die „rechte Lehre“ herausgestellt worden. In einer dritten Phase hätten sich auf landeskirchlicher Ebene vernetzte Organisationen gebildet, die den Protest konservativer Gruppierungen bündelten. Nach der Gründung der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ seien nach diesem Muster weitere Arbeitskreise gebildet worden. Die evangelikale Bewegung habe sich in der Tradition der Bekenntnenden Kirche und damit in der Verpflichtung gesehen, die Irrlehren der modernen Theologie abzuwehren. Ein Hauptkampfgebiet für die Auseinandersetzungen zwischen Evangelikalen und moderner Theologie seien die Kirchentage gewesen, denen die Evangelikalen seit 1973 die Gemeindetage „Unter dem Wort“ entgegengesetzt hätten. Trotz aller Konflikte mit den Kirchenleitungen sei es der Bewegung mangels innerer Einheit aber nicht gelungen, dauer-

haft als Gegenbewegung zu agieren. Ebenso wenig sei es zu einer Separation von der verfassten Kirche gekommen. Durch die zunehmende Aufweichung des protestantischen Milieus habe die evangelikale Bewegung im Lauf der Zeit an Bedeutung verloren und sei selbst zum Bestandteil einer pluralistischen Kirche geworden.

Auf Grund der programmatischen Ausrichtung der Tagung kam der Schlussdiskussion besonderes Gewicht zu. Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft hatte Prof. Dr. Hartmut Lehmann (Göttingen) und Prof. Dr. Detlef Pollack (Frankfurt/Oder) als Beobachter eingeladen, die ihre Einschätzungen über Verlauf und Ergebnisse der Tagung im Plenum zur Diskussion stellten. Lehmann merkte an, dass man stärker die offenen Forschungsfragen hätte herausarbeiten können. Es sei zwar richtig, den Forschungsschwerpunkt auf die 1960/70er Jahre zu legen, da diese Jahre die Durchbruchphase der Säkularisierung darstellten, inhaltlich wäre es jedoch von Nutzen gewesen, einzelne Aspekte – wie z. B. die Entkirchlichung – differenzierter zu untersuchen. Bestimmte gesellschaftliche Phänomene seien generell stärker unter dem Prozess von Pluralisierung, Polarisierung und Entzweigung zu sehen. Im Hinblick auf gesellschaftliche Veränderungen müsse darüber hinaus die gesellschaftliche Bedeutung der Entkonfessionalisierung stärker in den Blick genommen werden. Zur weiteren Bearbeitung empfahl Lehmann den Weg der Gleichberechtigung der Frau im Pfarramt, die neue Form der Kirchentage und die Haltung zu den Christen in der „Dritten Welt“.

Pollack begrüßte in seinem Resümee die problemorientierte Herangehensweise, die in der Behandlung der Fragestellungen durch die Referenten und Referentinnen zum Ausdruck gekommen sei. Für das weitere methodische Vorgehen empfahl er eine verstärkte Befragung von Zeitzeugen und die Erarbeitung komparativer Studien. Zur Periodisierung schlug Pollack bestimmte Parameter wie den Begriff der Volkskirche, das Deutungsmonopol oder das traditionelle Familienbild vor. Die Phänomene der Modernisierung hätten seit Mitte der 1960er Jahre auch in der Kirche gegriffen. Die Kirche habe diese Impulse aufgenommen, da sie den Anschluss an die Gesellschaft nicht verlieren wollte. Später sei es allerdings zu einer zunehmenden Polarisierung gekommen. Als der Modernisierungsschub Mitte der 70er Jahre abgeebbt sei, hätten fundamenta-

listische und religiöse Bewegungen einen Aufschwung erlebt. Von dieser Gegenbewegung habe die Kirche in Deutschland allerdings weniger profitieren können als andernorts; es sei ihr nicht gelungen, die Austrittsbewegung zu stoppen. Die Studentenrevolte Ende der 60er Jahre sei geprägt gewesen vom Konflikt zwischen Institution und Individuum, dessen authentische Entscheidung an Bedeutung gewonnen habe. Mit zunehmender funktionaler Differenzierung habe die Kirche ihr Monopol verloren und eine Auflösung kirchlicher Milieus stattgefunden. Man sei zwar bereit gewesen, Kirche in Anspruch zu nehmen, zugleich aber auf Distanz zur Kirche gegangen. Abschließend betonte auch Pollack den grundlegenden Charakter von Modernisierung, Säkularisierung und Entkirchlichung, der bei der Behandlung der zukünftigen Fragestellungen maßgeblich zu berücksichtigen sei. Im Einzelnen schlug Pollack u. a. vor, das Verhältnis von kirchlichen zu anderen Wandlungsprozessen, die Wohlstandsanhebung in den 1960er/70er Jahren sowie das Verhältnis von Ökonomie und Kultur zu untersuchen.

Aus dem Plenum wurden darüber hinaus Studien zum Entkirchlichungsprozess in der DDR angemahnt. Weitere Forschungsdesiderate bestünden im Hinblick auf das Agieren der Persönlichkeiten aus dem Kirchenkampf sowie die Zusammenarbeit mit der Freikirchenforschung.

Außerhalb des Tagungsprogramms referierte Prof. Dr. Jens Holger Schjørring (Århus) aus Anlass ihres Jubiläums über „Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte 1955–2005“ und nahm dabei eine „Bestandsaufnahme aus internationaler Perspektive“ vor. Schjørring verknüpfte zunächst das Gründungsjahr 1955 mit politischen Ereignissen in seinem Heimatland Dänemark und ihrer Aufarbeitung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Nach einer Würdigung der von der Arbeitsgemeinschaft in den vergangenen 50 Jahren geleisteten Arbeit benannte Schjørring die wachsende Bedeutung der ökumenischen Bewegung, die Erforschung der beiden Weltkriege im Hinblick auf die Rolle von Christen und Nationen, die Konfrontation mit totalitären Ideologien und die Wandlungen im globalen Nord-Süd-Verhältnis als Desiderate, die bei der zukünftigen Forschungsarbeit berücksichtigt werden müssten.